



Bundesministerin für  
Europa, Integration und Familie

[bundeskanzleramt.gv.at](https://bundeskanzleramt.gv.at)

**Claudia Plakolm**  
Bundesministerin für Europa,  
Integration und Familie

Herrn  
Dr. Walter Rosenkranz  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.378.659

Wien, am 11. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Nemeth, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. Mai 2025 unter der Nr. **2365/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Union gegen Österreich“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6:**

1. *Wie viele EU-Vertragsverletzungsverfahren sind gegen Österreich anhängig, seit wann und aus welchem Grund?*
  - a. *Wie ist der jeweilige Verfahrensstand?*
2. *Wie viele der gegen Österreich anhängigen Vertragsverletzungsverfahren beruhen auf Artikel 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union?*
  - a. *Um welche Verfahren handelt es sich?*
3. *Wie viele der Vertragsverletzungsverfahren, die gegen Österreich anhängig sind, beruhen auf Artikel 260 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union?*
  - a. *Um welche Verfahren handelt es sich?*

4. *Zu welchem Zeitpunkt sind die begründeten Stellungnahmen der Europäischen Kommission bei der Bundesregierung jeweils eingegangen?*
  - a. *Welche konkreten Forderungen sowie Fristen wurden darin benannt?*
5. *Hat die Bundesregierung nach Erhalt der begründeten Stellungnahmen der Europäischen Kommission jeweils Maßnahmen ergriffen?*
  - a. *Falls ja, welche konkreten Schritte wurden unternommen?*
  - b. *Falls keine Schritte unternommen wurden, warum nicht?*
  - c. *Falls keine Maßnahmen ergriffen wurden, wie begründen Sie diese Vorgangsweise?*
6. *Was ist der schlimmstmögliche Verfahrensausgang bei den gegen Österreich derzeit laufenden Vertragsverletzungsverfahren im jeweiligen Fall?*
  - a. *Im Falle von Strafzahlungen, wie hoch wäre die von Österreich jeweils im schlimmsten Fall zu zahlende Summe?*

Die Koordination von Europapolitik in Österreich liegt gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 10/2025, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 62/2025, in meinem Verantwortungsbereich. Ich ersuche aber um Verständnis, dass diese Fragen nach den zitierten Bestimmungen nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

Claudia Plakolm

